

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

213 (10.5.1921) Mittagausgabe



# Badische Presse

## und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Fremdenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Wälderzeitung / Volk u. Heimat.

**Besuch-Briefe:**  
 In Karlsruhe: Im Verlage und in den Abteilungen abgehoft monatlich M. 5.30, frei ins Haus geliefert M. 6.—.  
 In Stuttgart: Von unseren Abonnenten bezogen M. 6.—. Durch die Post einzeln. Abonnement M. 6.70. Einzelnummer 20 Pfennig.

**Anzeigen:**  
 Die 10spaltige Nonpareilzeile M. 1.50, auswärts M. 2.—. Die 8spaltige Zeile M. 1.—, an erster Stelle M. 7.50.  
 Bei Wiederholung tarifreter Rabatte, bei der Wiederholung des Textes, bei der Wiederholung der Bilder und Konturen außer Kraft tritt.  
 Für Platzverdrängung und Zuspätkommen kann keine Gewähr übernommen werden.  
 Im Fall höherer Gewalt hat der Verleger keine Ansprüche der Verantwortlichkeit der Redaktion.

**Eigentum und Verlag von:**  
 Ferd. Ziegler & Co.  
 Hauptverleger:  
 Ganns Walter Schneider.  
 Verantwortlich: Volpert und Wirtschaffspolitz; G. W. Schneider; Politische Redaktionen: H. W. Schulze; Baden: L. W. A. Wobberauer; Karlsruhe: W. Schneider; Stuttgart: H. W. Schulze; Unterhaltung: H. W. Schulze; Sonderausgaben: L. W. A. W. Schulze; Anzeigen: H. W. Schulze, alle in Karlsruhe.  
 Verleger: Ferd. Ziegler & Co.  
 Fernsprecher:  
 Geschäftsstelle: Nr. 86.  
 Schriftleitung: Nr. 309 und 310.  
 Geschäftsstelle:  
 Brief- und Sammler-Verlag, nach Karlsruhe und Stuttgart.  
 Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359.

### Regierungsbildung unter dem Druck des Ultimatum.

#### Annahme oder Ablehnung?

!! Berlin, 9. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Im Reichstage herrschte heute bis spät in die Nacht hinein regste Tätigkeit. Eine Reihe von Fraktionen hält Sitzungen ab, und zugleich tagt der auswärtige Ausschuss. Die Entscheidung dürfte zunächst in den einzelnen Fraktionen fallen, entweder heute abend oder spätestens morgen früh. Denn am Mittwoch muß die deutsche Antwort überreicht werden und der Reichstag muß in seiner Vollversammlung noch vorher über sie abgestimmt haben. Die Tatsache, daß die Entscheidung noch einen Tag früher fallen muß, als man gedacht hat, berührt allgemein befriedigend, weil die Unsicherheit und Spannung kaum länger zu ertragen ist.

Von den Fraktionen sind bisher nur drei, die Deutschnationalen, das Zentrum und die Sozialdemokraten zu klaren Entschlüssen gelangt. Die Sozialdemokraten haben erklärt, sie seien für Unterzeichnung, vorausgesetzt, daß die bayerische Regierung Erklärungen abgibt, daß sie die Entlassung innerhalb des vorgeschriebenen Zeitraums durchzuführen werde. Das Zentrum hat sich ebenfalls für Annahme entschieden, aber unter der Voraussetzung, daß die beiden anderen Regierungsparteien gleichfalls dafür eintreten würden. Am einfachsten ist die Stellungnahme der Deutschnationalen, die sich ganz entschlossen, einschließlich ihrer Arbeitervertreter, für Ablehnung des Ultimatum ausgesprochen haben.

Die deutsche Volkspartei ist sich bis zur Stunde noch nicht einig geworden. Soeben haben Reichswehrminister Geiser und General von Seeckt in ihrer Fraktionsführung gesprochen. Wie man hört, ist Dr. Stresemann bestrebt, die Fraktion allmählich für den Gedanken der Unterzeichnung zu gewinnen. Wie die Entscheidung fallen wird, ist bis jetzt noch nicht zu sagen.

Die Demokraten haben auch noch keinen Beschluß gefaßt. Man neigt der Ansicht zu, daß sie sich für die Unterzeichnung des Ultimatum entscheiden werden. Eine Reihe führender Männer haben sich mit großer Entschiedenheit dafür ausgesprochen und daß man ohne alle parteimäßigen Bedenken, ohne unzeitgemäße Rücksicht auf die Wählererschaft die nationale Pflicht, als die sie die Unterzeichnung erkennen, erfüllen müsse. Doch steht die Abstimmung der Fraktion, die heute ebenso wie die anderen mit der preussischen Landtagsfraktion und dem Parteivorstand zusammen getagt hat, noch aus.

#### Eine neue Koalition.

!! Berlin, 10. Mai. Wie die „Völkische Zeitung“ hört, haben sich Zentrum und Demokraten damit einverstanden erklärt, gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine neue Koalition auf der Grundlage der Annahme des Ultimatum zu bilden.

!! Berlin, 10. Mai. Laut „Völkischer Zeitung“ kommt auch der Mehrheitssozialdemokrat Müller als Reichsministerkandidat in Betracht.

!! Berlin, 10. Mai. In später Nachtstunde erhält die Telegraphen-Union von informierter Seite folgende Mitteilung über das Ergebnis der letzten Beratungen: Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sind für die Ablehnung des Ultimatum, ebenso die Demokraten, das Zentrum ist für die Annahme, die Sozialdemokraten sind bedingt für die Annahme. Der Reichspräsident hat dem Präsidenten des Reichstages Löbe den Auftrag zur Bildung des Kabinetts gegeben. Dieser lehnte aber schließlich ab mit Rücksicht auf die Haltung des Zentrums. Es sind neue Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei eingeleitet worden. Falls eine Veränderung in der Haltung des Zentrums eintritt, so ergibt sich eine Mehrheit gegen das Ultimatum, andernfalls wäre mit einer Mehrheit einschließlich der Unabhängigen für die Annahme des Ultimatum zu rechnen.

#### Die Erklärung der Sozialdemokraten.

!! Berlin, 9. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss haben eine gemeinsame Entschlüsselung gefaßt, in der es heißt: Die Annahme des Ultimatum hat nur dann einen Zweck, und die Befreiung des Ruhrgebietes ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohner zu wehren bis zum 30. Mai zu entlassen und auszulassen. Die Forderungen widersprechen dem Friedensvertrag. Sie überschreiten weit aus die deutsche Leistungsfähigkeit und fordern unseren schweren Protest heraus. Aber unter dem Druck der militärischen Gewaltandrohungen erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ersten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdikates zu unterstützen. Die Resolution schließt mit der Erklärung, daß die Erfüllung des Ultimatum vor allem von dem Opferwillen des Bürgerturns abhängt, dem die Verantwortung für das Kommende in erster Linie zufällt.

#### Der kritische Tag.

!! Berlin, 10. Mai. Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, ihre gestern abend gefaßten Entscheidungen am heutigen Tage endgültig zu formulieren und nach neuen Besprechungen vielleicht eine gemeinsame Erklärung zustande zu bringen, soll der Reichstag wahrscheinlich erst nachmittags 4 Uhr zu einer Vollversammlung zusammenkommen. Diese wird sich in erster Linie mit der obersteinsten Frage befassen. Im Anschluß hieran, aber wenn es sein muß, in einer besonderen Sitzung am späten Abend, wird dann die Frage des Londoner Ultimatum erörtert werden, sodas mit ziemlicher Sicherheit mit einer Nachtsitzung zu rechnen ist, da die Entscheidung auf jeden Fall bis Mittwoch mittag getroffen sein muß.

#### Der Entscheidung zu.

!! Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Blätter merken heute die Frage auf, ob bis zum 12. Mai eine deutsche Regierung gebildet sei und wie ihre Antwort auf das Ultimatum der Alliierten lauten werde. Der „Intransigent“ erwartet, daß die Kabinetskrise in Berlin nicht so schnell gelöst werden könne und glaubt, daß Deutschland ähnlich wie schon bei den Verhandlungen der Versailles, eine neue Frist verlangen werde. Das Blatt verlangt, daß keinerlei feindliche Manöver den Anlaß zur Verschiebung der bayerischen Regierung, falls der Befehl zum Vormarsch am 13. Mai morgens noch nicht erteilt sei, infolge der Opposition im Parlament auf die größten inneren Schwierigkeiten stoßen werde. Weiterhin geht auch die französische Regierung von einer neuen Fristgewährung nichts wissen zu wollen. Heute wird in der offiziellen Presse eine Notiz verbreitet, der Ministerrat würde sich am 13. Mai morgens versammeln, um die Lage, die in diesem Augenblick ihre völlige Entwicklung erreicht haben wird, zu prüfen. Die Frage, ob

der Befehl zum Vormarsch vor Zusammentritt des Ministerrats schon erteilt worden ist, ist in dieser Notiz wohl absichtlich offen gelassen.

#### Eine Unterschrift keine Lösung.

(Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.)

Dr. A. Geis, 9. Mai. Der „Temps“ beschäftigt sich mit den Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland und besonders mit den Gründen, aus denen die Mehrheitsfraktionen die Übernahme der Regierung ablehnen. Das Blatt faßt sein Urteil in folgender, für die Alliierten Frankreichs bezeichnender Weise zusammen:

Man kann schon im Voraus versichern, ob die künftige Reichsregierung das Ultimatum annimmt oder nicht. Sie wird die Bedingungen über die Entwertung jedenfalls gar nicht beachten können. Eine Unterschrift wird deshalb keine Lösung bedeuten. Das deutsche und das französische Volk finden sich immer mehr in einen Weg verstrickt, der zu gewalttätiger Lösung führt, denn wie die Dinge gegenwärtig laufen, werden entweder die Franzosen von neuem kämpfen müssen, um ihre Unabhängigkeit zu schützen oder die Deutschen werden sich gegen diejenigen erheben müssen, die ihnen die politische Freiheit rauben. Die Beschüsse führen entweder zu einem neuen europäischen Frieden oder zu einer wirklichen deutschen Revolution.

Der Artikel des offiziellen Blattes läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, wofür freilich längst keine Beweise mehr notwendig waren, daß nämlich das französische Vorgehen nicht mehr durch diplomatische Mittel aufzuhalten ist. Die Beratungen über die Durchführbarkeit oder die Undurchführbarkeit der wirtschaftlichen Forderungen der Alliierten sind heute völlig gegenstandslos geworden. Frankreich hält die Stunde für gekommen, um seine politischen Ziele, die es beim Friedensschluß nicht erreichen konnte, durchzuführen und eine Revision des Versailler Vertrages nach französischen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Auch in anderen Pariser Blättern wird natürlich versucht, aus den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland nach Möglichkeit Kapital zu schlagen. Das „Deuvre“ spricht sogar den Verdaß aus, die Berliner Politik wolle absichtlich keine neue Regierung bilden, denn, wenn am 12. Mai ein verantwortungsvolles Kabinett vorhanden sei, werde diese Partei die Verantwortung zu tragen haben, das Ultimatum der Entente entweder angenommen oder abgelehnt zu haben. Deutschland wird dann leichtes Spiel mit der Ausrede haben, daß es sich lehnenswegs weigern wollte, sich zu unterwerfen, daß man ihm aber dazu nicht die notwendige Zeit gelassen habe.

Nachdem die „Temps“ sprechen auch die nationalistischen Blätter, besonders das „Echo de Paris“, die Meinung aus, daß selbst eine Annahme der Bedingungen für die Entscheidung nichts mehr nützen würde, denn die Entwertungstrage würde ja doch das Einschreiten der Alliierten notwendig machen. Die sozialistischen Blätter bringen täglich lange Listen von Fällen, aus denen sich ergibt, daß die militärischen Maßnahmen weit über den angekündigten Rahmen hinausgehen. Nach der „Humanité“ sollen nicht weniger als fünf weitere Jahresklassen einberufen werden. Bei den Truppenteilen wird bis zur Jahresklasse 1905 zurückgegriffen, ebenso erhalten Offiziere bis zu vierter Altersgruppe ihre Einberufung. Große Transporte von Munition und Kriegsmaterial gehen fortgesetzt von den großen Garnisonen nach dem Osten ab.

#### Der Räder.

!! Berlin, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Reparations-Kommission hat auf Anfrage mitteilen lassen, daß die im Anschluß an die Londoner Konferenz verhängten Sanktionen aufgehoben werden sollen, wenn Deutschland das Ultimatum annimmt.

#### Ein Subhandel zwischen Amerika und den Alliierten.

!! Paris, 10. Mai. Der Pariser „Newport Herald“ erfährt aus Washington: Die amerikanische Regierung dürfte den amerikanischen Truppen gestatten, an der Befreiung des Ruhrreviers zusammen mit den französischen und englischen Truppen teilzunehmen, wenn eine solche Beteiligung notwendig ist. Die Frage ist aber gegenwärtig noch in der Schwebe. Die Regierung hat die Befugnis, eine solche Beteiligung anzunehmen, da nunmehr die schwebende Frage der Resolution Knox auf unbestimmte Zeit vom Repräsentantenhaus mit Rücksicht auf die Ansicht des Präsidenten Harding verköhen worden ist. Das amerikanische Außenamt teilt in einer Note mit, die einzige Lösung des Wiederherstellungsproblems liege darin zu liegen, daß Deutschland die Ententebedingungen völlig annehme. Daraus schließt man in Washington, daß die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu dem Ententeprogramm gegeben hat, wobei die Befreiung des Ruhrreviers begriffen ist.

Diese Meldung des Pariser „Newport Herald“ aus Washington ergänzt die getrigte Meldung, wonach die Resolution Knox schließlich, kurz nachdem sie vom Senat angenommen war, im Repräsentantenhaus fallen gelassen wurde. Man wollte seitens der Parteiführung der Republikaner dem Präsidenten Harding freie Hand in der Politik gegen Europa, gegen die Entente und Deutschland lassen. Die Zustimmung zur Befreiung des Ruhrreviers ist der wahre Grund für die Aufhebung des Abchlusses eines Separatfriedens mit Deutschland. Diese Zustimmung bedeutet einen außerordentlich plötzlichen und unerwarteten Umschlag. Vor einer Woche noch war in Washington versichert worden, daß die Regierung den französischen Vorschlag zur Befreiung des Ruhrreviers nicht billige. Ganz zweifellos hat die Entente und namentlich Frankreich alles getan, um die Zustimmung Amerikas zu erreichen. Man ist zweifellos mit den nötigen Opfern weit genug gegangen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Entente in Washington Besprechungen abgehalten haben, Amerika in seinem Konflikt mit Japan, namentlich mit Bezug auf die Insel Yap, zu unterstützen. Amerika wird sich vor allem freie Hand gegen Japan haben versprechen lassen.

#### Kommerzienrat Knorr †.

!! Heilbronn, 9. Mai. Der bekannte Großindustrielle und Mitinhaber der hiesigen Nahrungsmittelfabriken, Kommerzienrat Karl Knorr ist, 78 Jahre alt, gestorben. 1913 konnte die Firma Knorr ihr 75jähriges Bestehen feiern. Seit 50 Jahren stand Karl Knorr in seinem väterlichen Geschäft und führte es zu hoher Blüte. Knorrgruppen, Knorrros und Knorr's Hasfermel sind weltbekannt. In Frankreich und England hat der Verstorbenen vor dem Krieg große Absatzgebiete für die Erzeugnisse seiner Industrie erschlossen. Seine Fabrik umfaßt ein großes Industriegebiet von der Größe eines mittleren Dorfes. Karl Knorr war seit 1912 im Privatleben, aber noch Mitglied der jetzigen Aktiengesellschaft Knorr.

### Unser Brot für das nächste Jahr.

Von Prof. Dr. Philipp Stein.

Das Kuratorium der Reichsgereidestelle hat in der vorletzten Woche die Einführung freier und Zwangswirtschaft abgelehnt. (Das einen Mittelweg zwischen freier und Zwangswirtschaft bedeuten, nämlich einen Teil des Getreides auf Grund einer prozentualen Umlage einzufassen, einen Teil aber freilassen sollte. Die Schriftleitung.) Nun haben der Reichsernährungsminister und der Reichsrat das Wort. Die Entscheidung muß bald fallen, schon ist viel kostbare Zeit verloren. Was nun? Der Allgemeine Gewerkschaftsbund, die Aso und der Beamtenbund haben in einer Kundgebung die volle Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft unter Verschärfung der Kontrolle gefordert. Die Zwangswirtschaft ist tot und kann nicht mehr durch Resolutionen am Leben erhalten und nicht durch verschärfte Kontrolle wirksam gemacht werden. Im laufenden Wirtschaftsjahr hat die Reichsgereidestelle mit einem Heer von 5 000 Beamten und einem Kostenaufwand von 80 Millionen nicht viel über 1 Million Tonne Getreide bewirtschaftet. Die persönlichen und Sachkosten der Getreidezwangswirtschaft von der Reichsgereidestelle bis zur letzten Brotkommission gehen heute noch jährlich in viele hunderte von Millionen, wahrscheinlich bis an 1 Milliarde Mark heran. Dieser ungeheure, ungenügende, kostspielige Körper kann nicht mehr durch die schärfsten Vorschriften leistungsfähig gemacht werden. Die Politik ist aber die Kunst des Möglichen und des Wünschenswerten.

Die Zwangswirtschaft war einmal notwendig, sie hat — gegen alle Anfeindungen und Anklagen wird sich dies Urteil einmal durchsetzen — trotz aller Fehler und Mängel Großes geleistet. Sie ist aber nie, selbst in einer Zeit kräftigen beschränkten Willens und Macht, und der härtesten Bereitwilligkeit der Bevölkerung, den Zwang als vaterländisches Gebot hinzunehmen, eine vollständige Bewirtschaftung gewesen; sie war von Anfang an bei einzelnen Lebensmitteln nur eine „Restverwaltung“ und fand schließlich auch für Getreide ihre selbstverständliche Ergänzung im Schleichhandel.

Heute ist der Staat schwach, die Verwaltung schwer erschüttert, ohne Machtmittel, dabei überlastet. Die Bevölkerung, Erzeuger wie Verbraucher, in bewusster Gegenstimmung, voll Mißtrauen und Mißachtung, gegen behördliche Vorschriften und Verbote. Kann der Reichsernährungsminister, kann der Reichsrat unter diesen Umständen der Forderung, die Zwangswirtschaft nicht bloß aufrecht zu erhalten, sondern verschärft durchzuführen, nachfolgen? Es bleibt nur das Nein als einzige Antwort. Uns fehlen die Beamten; viele der besten und tüchtigsten sind aus den Kriegsteilen wieder in ihre Friedensämter und -Berufe zurückgetreten, die Anderen sind nur noch mit halbem Herzen und Sinn dabei. Es fehlen die Mittel, Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft heißt vermehrte Einkäufe von Auslandsgetreide. Schon im laufenden Jahr haben wir unsere Brotversorgung nur mit drei Millionen Tonnen Auslandsgetreide aufrecht erhalten können. Diese drei Millionen Tonnen haben bei einem Durchschnittspreis von etwa M. 5 000.— 15 Milliarden Mark erfordert. Da das Reich das Auslandsgetreide zum ermäßigten Satz von M. 2 000.— für die Tonne abgegeben hat, betrug der Verlust der Reichskasse aus diesem Geschäft rund 9 Milliarden Mark. 3. Jt. sind die Weltmarktpreise niedrig, neigen in der Erwartung einer glänzenden amerikanischen Ernte und großer Weltvorräte weiter nach unten, sodas der Unterschied zwischen dem Weltmarktpreis und den entsprechenden gestiegenen Gestehungskosten von unseren Landwirten geforderten Preisen nicht mehr allzu erheblich ist, wir werden deshalb in kommenden Jahr aller Voraussicht nach nicht mehr so viele Milliarden wie in diesem Wirtschaftsjahr auszuwenden und zuzuführen brauchen, aber einmal kommt es auch bei den Weltmarktpreisen gewöhnlich anders als man denkt, und dann müssen wir auch mit Milliardenbeträgen sorgsam umgehen und für die Ersparnis jeder Milliarde dankbar sein, auch wenn sie nicht einmal mehr 1 Proz. der Ausgaben in unserem Reichshaushalt ausmacht.

Fortsetzung der Zwangswirtschaft hieße, im kommenden Jahre die Ernährung unserer städtischen Bevölkerung nahezu ganz auf Auslandsgetreide stellen, hieße mit anderen Worten Förderung der ausländischen Landwirtschaft, wäre Lohn und Spott auf das Programm der Steigerung der einheimischen Wirtschaftskraft, das alle Parteien auf ihre Fahne geschrieben haben. Unsere Landwirtschaft ist unter wichtigsten Gewerbe, das uns noch geliebte ist, an seiner Erhaltung und Entwicklung sind die städtischen Verbraucher im höchsten Maße interessiert. Der demokratische, auf der Volksmasse ruhende Staat hat daher stärkstes eigenes Interesse an der Pflege der Landwirtschaft.

Können wir aber nicht mehr zurück zur verschärften Zwangswirtschaft, so bleiben nur zwei Wege; unmittelbare Einführung der vollen Freiheit oder geordneter Uebergang vom Zwang zur Freiheit in der Umlage.

Gegen die volle Verkehrsfreiheit sprechen entscheidend wirtschaftliche und politische Gründe. Bei einer so leicht beweglichen Ware wie Getreide würden die Inlandspreise alsbald die Höhe der Weltmarktpreise erreichen, würde mit oder ohne Verbot viel Getreide über die Grenzen abfließen. Die Steigerung des Brotpreises auf die Höhe des Weltmarktpreises würde aber bei der Eigenart des Brotpreises als des Gradmessers der Lebenshaltung die Steigerung der Löhne auf die Höhe der Weltmarktpreise nach sich ziehen und damit unsere Industrie von dem Weltmarkt ausschalten. Die völlige Freigabe des Getreideverkehrs schließe zweifellos den stärksten Anreiz zur Vermehrung und Steigerung des Anbaus und zu pfleglichster Bewertung des Getreides; sie wird deshalb nicht nur von den Landwirten, sondern nachdrücklich aus diesen Gründen von Bataki, dem ersten Organisator unserer „Ländlichen“ Zwangswirtschaft, mit dem Grundsatz der restlosen Erfassung gefordert. Die wirtschaftlichen und politischen Bedenken dagegen sind meiner Meinung nach ausschlaggebend. Wir können es nicht auf Anrufen, nicht auf Lohnsteigerung bis zur Höhe der Weltlöhne ankommen lassen, das eine hält unser Staat, das andere unsere Wirtschaft nicht aus. Es müßte deshalb bei freiem Getreide-Handel die Regierung Vorkehrungen treffen, daß die städtische Bevölkerung, und zwar die gesamten Versorgungsberechtigten und nicht bloß die Minderbemittelten, Brot preiswert kaufen können. Die Fürsorge auf die



Minderbemittelten zu beschränken, wäre gegenstandslos; da die Zahl der Gutbemittelten so gering ist, daß die für sie in Betracht kommenden Mengen und Mittel außer Betracht bleiben können, sie wäre unmöglich, da heute die Abgrenzung des Kreises der Minderbemittelten, die früher bereits schwierig war, technisch kaum noch durchführbar ist.

Diese Vorsorge erforderte den Ankauf von rund 4 Millionen Tonnen, die entweder im Inland oder im Ausland gekauft und zu ermäßigten Preisen an die Kommunalverbände zur Verteilung von Reichsmehl und Reichsbrot abgegeben werden mußten. Bei den gegenwärtigen Weltmarktpreisen und den jetzigen Mehl- und Brotpreisen bedeutete das eine Zubuße von mindestens vier Milliarden Mark, die das Reich zu leisten hätte. Wahrscheinlich würde aber ein höherer Zuschuß herauskommen, da ein neben dem freien Handel laufender, zentralisierter Reichseinkauf oder eine Reichseinfuhrgesellschaft sicherlich mit dem Schwergewicht seiner Massennachfrage die Getreidepreise in die Höhe trieb. Dabei müßte nach der Verteilung die behördliche Wirtschaft mit ihren umständlichen und kostspieligen Einrichtungen, „restlos“ beibehalten werden, allein die Beamten und Einrichtungen, die mit der Zwangsversorgung zu tun hatten, würden entbehrlich werden. Wir hätten halbe Zwangswirtschaft in der Verteilung, halbe freie Wirtschaft nach der Seite der Erzeugung, d. h. wahrscheinlich alle Nachteile der Zwangs- und alle der freien Wirtschaft und keine der Vorteile der beiden Systeme.

Wir haben, da die Zwangswirtschaft nicht mehr, die freie Wirtschaft noch nicht möglich ist, keine andere Wahl als die Umlage als kleineres Übel, als geordneten Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft zu nehmen. Sicherlich ist das Umlageverfahren nicht einfach und ist in seinem Erfolg an klare Vorbereitung und strenge Durchführung gebunden. Wird aber eine Pflichtlieferung von 30 Proz. des Ertrages der Friedensjahre als eine Produktionssteuer auf alle landwirtschaftlichen Betriebe gelegt, dann sind aus dem Inland die für die Deckung des jetzigen Mehl- und Brotpedarfs erforderlichen Mengen im wesentlichen in behördlicher Hand.

Selbst wenn den Landwirten für das Umlagegetreide entsprechend den gestiegenen Erzeugungskosten ein höherer Preis als im laufenden Wirtschaftsjahr gezahlt werden sollte, könnte voraussichtlich durch die Ersparnisse infolge Wegfalls von Stellen, von Vereinfachung im Beamtenkörper usw. der Brotpreis für das Reichsbrot auf der jetzigen Höhe gehalten werden.

Das Umlageverfahren darf aber nicht als eine andere Form der Zwangswirtschaft angesehen sein, es muß etwas anderes als sie sein, Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft.

Die neue Reichsgetreideordnung der Umlage wählte im Sinne eines gegenseitigen Vertrages zwischen Reich und Reichsgetreidebesitzer und den Landwirten aufgebaut sein. Der Landwirt verpflichtet sich danach, in bestimmten Terminen Getreide abzuliefern, und im Bezugsfalle oder Nichtlieferungsfalle den Unterschied zwischen Umlagepreis und Weltmarktpreis zu zahlen. Im Nichtlieferungsfalle hätte sofortige Zwangsentziehung wie bei einer Steuer zu erfolgen. Als Gegenleistung für diese einseitige und rohe, aber tragbare Produktionssteuer müßte der Landwirt die volle Freiheit in der Verwendung seiner umlagefreien Menge erhalten. Sein Getreide dürfe weder einer Beschlagnahme noch einem Veräußerungsverbot unterliegen. Nicht Strafe, sondern sein eigenes finanzielles Interesse müßte die wirksame Geißel zur Pflichterfüllung sein.

Die Stunde drängt. Im Februar haben die deutschen Ernährungsminister sich grundsätzlich für das Umlageverfahren ausgesprochen. Zwei Monate später lehnt das Kuratorium der Reichsgetreidestelle das Umlageverfahren ab. Bei dem Reichsernährungsminister und dem Reichsrat steht die Entscheidung. Die Bewirtschaftung der Umlagemengen wird vielleicht noch gerade mit dem jetzigen Beamtenkörper und den jetzigen Einrichtungen der öffentlichen Wirtschaft geleitet werden können, mit der Zwangsablieferung der Umlage werden sich die Landwirte als dem kleineren Übel und als Opfer für die Freigabe des übrigen Getreides abfinden. Einer stärkeren Befähigung sind beide nicht mehr gewachsen.

Der Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft ist unaufhaltsam, es ist nur noch die Frage, ob er sich in dem Umlageverfahren in Ordnung und unter Leitung der Behörden oder ohne und gegen ihren Willen im Zerfallen der Zwangswirtschaft vollziehen wird.

Die französische Antwortnote über Oberschlesien

WTB. Berlin, 9. Mai. Die französische Regierung hat auf die deutsche Note bezüglich Oberschlesiens unter dem 7. Mai folgende Antwort gegeben:

Herr Geschäftsträger! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des Briefes vom 6. Mai 1921 zu bestätigen, durch den Sie die Güte hatten, von den ernsthaften Unruhen mir Mitteilung zu machen, die in Oberschlesien entstanden sind und anfragen, ob die interalliierten Besatzungstruppen imstande seien, die Ordnung wieder herzustellen und mir zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung bereit sei, jede verlangte Hilfe zu leisten. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die mir übermittelten Meldungen aus deutscher Quelle

in tendenziöser Weise die im übrigen bedauerlichen Vorfälle darstellen, die sich in einem Teile des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes abgespielt haben. Der Grund für die Unruhen ist ohne Zweifel zu sehen in den aus deutschen Quellen veröffentlichten Nachrichten, die unzutreffenderweise melden, daß die Alliierten sich entschieden hätten, den größten Teil des Industrie- und Bergwerkesgebietes Deutschland zuzuteilen. Diese falsche Meldung hat den Zustand der Insurgenten entfesselt, wie das auch schon die interalliierte Kommission festgestellt hat, die mit der Verwaltung des Abstimmungsgebietes beauftragt ist. Sie hat in einmütiger Uebereinstimmung die energigsten Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung der Ordnung und zur Wiederherstellung der Sicherheit der Einwohner aller Nationalitäten, die in dem Abstimmungsgebiet leben, getroffen.

Die alliierten Truppen haben ihre volle Pflicht getan. Die jetzt einlaufenden Nachrichten lassen eine wesentliche Besserung in den wichtigsten Zentren in den Grubenrevieren feststellen. Die interalliierte Kommission hat an Ort und Stelle die notwendigen Rekrutierungsmaßnahmen angeordnet, um die Lücken wieder herzustellen, die in der Polizei durch den Abgang polnischer Elemente entstanden sind. Sie hat dadurch der Bevölkerung die Beruhigung verschafft, die sie wünschte. Von irgend einer der interalliierten Kommission von Oberschlesien geleisteten Hilfe kann keine Rede sein.

Genehmigen Sie, Herr Geschäftsträger, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Dazu bemerkt das WTB.: Die Darstellung des Chefs der französischen Regierung zeigt, daß man in Frankreich die wahre Lage in Oberschlesien nicht sehen will. Der Vorwurf der tendenziösen Berichterstattung ist ebenso haltlos wie die Annahme, der Grund der Unruhen sei ohne Zweifel in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten zu sehen. Es wird mitgeteilt, daß von keiner deutschen Stelle, daß von keiner deutschen Zeitung vor dem 1. Mai eine Meldung veröffentlicht worden ist, wie sie die „Ober-schlesische Grenzzeitung“ vom 1. Mai veröffentlicht. Wenn die „Ober-schlesische Grenzzeitung“ die Meldung auf Berliner Quellen zurückführen will, so ist das nur ein plumper Täuschungsversuch. Dazu kommt noch, daß die Meldung ganz offenbar nichts anderes war, als ein verabredetes Zeichen, um den planmäßig vorbereiteten Aufstand ausbrechen zu lassen. Es wird weiter festgestellt, daß eine Besserung der Lage in Oberschlesien selber nicht eingetreten ist. Korjantj ist nach wie vor im größten Teil des Abstimmungsgebietes Herr der Lage. Nach wie vor liegt das wirtschaftliche Leben in Oberschlesien darnieder. Nach wie vor ist die deutsch-schlesische Bevölkerung in den größten Teilen des Gebietes schloßlos den Aufständischen überliefert. Die bisher von der interalliierten Kommission getroffenen Maßnahmen haben der ober-schlesischen Bevölkerung keineswegs die Beruhigung verschafft, die sie erwünscht. Die Erregung der Bevölkerung ist vielmehr ständig im Wachsen, da die interalliierte Kommission bis jetzt nicht in der Lage gewesen ist, mit ihren Machtmitteln den gesetzmäßigen Schutzwiederherzustellen. Im übrigen zeigt die Note, daß man in Frankreich jedes Eingreifen Deutscher zur Besserung der Lage ablehnt.

Oberster Rat und Oberschlesien.

J. Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der heutigen Sitzung des Vorkammerates wohnte nach längerer Zeit wieder der amerikanische Botschafter in Paris, Wallace, bei. Zu Beginn der Sitzung teilte er mit, daß er auf Anweisung seiner Regierung keinen Platz im Vorkammerat wieder einnehme und daß er gemäß den Instruktionen die ihm erteilt seien, den Beratungen vorläufig als Zuhörer folgen werde. Nach einigen kurzen Worten Cambons, der der Verteidigung darüber Ausdruck gab, daß die Vereinigten Staaten an den Sitzungen des Vorkammerates wieder teilnehmen, trat der Rat in die Prüfung der Lage in Oberschlesien ein und beschloß, den Interalliierten Ausschuss für Oberschlesien zu beauftragen, der Bevölkerung Oberschlesiens zur Kenntnis zu bringen und ihr vor allem mitzuteilen, daß über die Aufteilung des Abstimmungsgebietes bisher noch kein Bescheid gefaßt worden sei. Ferner werde die polnische Regierung aufgefordert werden, ihrerseits durch Aufrüstung über die wirkliche Lage zur Beruhigung der Bevölkerung beizutragen.

Die Interalliierte Kommission verläßt Dppeln.

WTB. Berlin, 9. Mai. Die Mitglieder der Interalliierten Kommission haben Dppeln verlassen. Die Erregung der Bevölkerung in Dppeln ist deshalb aufs höchste gestiegen. Die Bevölkerung fürchtet, daß auch Dppeln von den Aufständigen befehligt werden soll. Die deutschen Parteien haben deshalb die Forderung an die Interalliierte Kommission gerichtet, bis heute nachmittags Auskunft über die Maßnahmen zu geben, die von der Interalliierten Kommission ergriffen worden sind und welche zur Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände ergriffen werden sollen.

Selbsthilfe.

Berlin. Blättermeldungen aus Dppeln zufolge hat eine Abordnung der deutschen ober-schlesischen Organisation den General Leonard die Frage vorgelegt, welche Schritte die Interalliierte Kommission zum Schutze der Deutschen unternehmen wolle. Wenn bis Dienstag keine befriedigende Antwort vorliege, soll unabweislich zur Selbsthilfe geschritten werden.

Stuttgart, 9. Mai. Auf Grund des Friedensvertrages wird Württemberg in den nächsten Wochen rund 1200 Stück Rindvieh an Italien und 2800 Stück Rindvieh an Serbien, ferner rund 7500 Schafe an diese Länder und an Frankreich und Belgien liefern.

Aus Baden.

Regimentstag der ehemaligen 114er in Konstanz.

Ob. Die Zusammenkunft der ehemaligen 114er gestaltete sich zu einem Feste, dessen Verlauf die Erwartungen bei weitem übertraf. Aus ganz Baden und darüber hinaus kamen Angehörige des ehemaligen grünen Regiments in Konstanz zusammen, um am Samstag, Sonntag und Montag treue Kameradschaft zu feiern. Der 114er Verein Karlsruhe kam schon Samstag mittag in größerer Zahl mit Fahne heran. Quartiere für die auswärtigen Gäste waren teils in der Kaserne, teils in Gasthöfen und Bürgerquartieren zur Verfügung gestellt. Die Stadt trägt reichlich Flaggen und Schmuck. Zum Begrüßungsausschuss am Samstag abend hatten sich etwa 600 Angehörige eingefunden, während am Sonntag früh die Frühgäste aus der näheren Umgebung, dem ganzen Kreis, dem Schwarzwald und der Schweiz noch Teilnehmer brachten. Der Begrüßungsausschuss am Samstag abend im festlich geschmückten Saale des St. Johann gestaltete sich zu einer kameradschaftlich-herlichen Besprechung mit den Veteranen von 1866 und 1870/71 und den Kämpfern des Weltkrieges, Offiziere wie Mannschaften. Der Vorsitzende des 114er Vereins Konstanz, Dr. G. u. A., hielt die Festrede. Er bot herzlich willkommen in der alten Garnison zum Feste der Kameradschaft für das Vaterland. Er gedachte der 3000 Gefallenen, derjenigen, die gebütet haben und der Hinterbliebenen. Diese alle seien ein Beweis dafür, daß das Regiment eines der ersten war, wo es galt einzutreten für das Vaterland. Er gedachte der Taten des Regiments und der vielen Einzelkämpfer. Mit ehernem Griffel seien diese in das Buch der Geschichte eingetragenen. Diese Taten seien kameradschaftlich und wer unsere Gedanken nicht zu lassen vermag, der höre auf, ein Deutscher zu sein. Er gedachte der Veteranen, die geholfen haben, das Reich zu bauen. Schließen wir uns eng zusammen, je schärfer die Zeit und je schlimmer das Drogen der Feinde, den allein Geist, die Hoffnung, den Mut nicht verlieren. So lange der Einzelne das hält, ist Deutschland nicht verloren. Mögen Frühgäste ersehen zum Wohle des deutschen Vaterlandes.

Am Sonntag früh war in den Rängen Gottesdienste, darunter Anwesenden Marsch in die alte Kaserne und Festfeier. Laubende von Personen standen Spalier; an dem Festtag in der Kaserne nahmen mehrere tausend Personen teil: der Kriegerverein, die Veteranen, der 114er Verein, mehrere Konstanzer Vereine geschlossen und durch Deputationen. Eingeleitet wurde die Feier durch den Festmarsch von Besponsen. Erzellen Cochenhausen-Baden hielt die erste Rede. Er überbrachte Grüße der früheren Chefs des Regiments, des Großherzogs und des Großherzogs. Er gedachte der Gründung des Regiments als erster Kommandant. Nach christlicher Weltordnung folgt dem Niedergang die Auferstehung. So nach dem 30-jährigen Kriege; nach 1807 folgte 1812/13. Und auch jetzt wieder wird die Weltgeschichte ihr eigenes Urteil einmal bilden zu unserem Vorteil und feststellen, daß die Schuld unsere Gegner tragen. Diese Auferstehung müssen wir nicht hoffen, sondern glauben. Einziges, Zusammenhalten und Festhalten an der alten Tradition zum Heile des Vaterlandes: Sein Surra galt Deutschland. General von Sydow-Votsdam, der das Regiment im Felde führte, aus dem grünte die alten Kämpfer in der alten Garnison. Er hofft auf gutes Einvernehmen zwischen Bevölkerung und dem jetzigen Jägerbataillon wie es früher war. Er gedachte des guten Geistes des Regiments im Felde, den er, ungetrübt durch Parteipolitik, erhalten wünscht und bittet, die Hoffnung nicht aufzugeben. Der Kampf im Waimor bei Loos und Cherin gedachte er besonders. Frei von Parteipolitik wünscht er, daß die Angehörigen des grünen Regiments die Forderung der Hoffnung hochhalten mögen mit aller Fähigkeit, denn nichts würdiger ist die Nation, die nicht ihr alles einsetzt für ihre Ehre. Weidenschaftiger Geist und deutsche Treue darf und kann und wird nicht untergehen. Sein Hoch galt dem Regiment. Mit einem Schlußmarsch und anschließender Plagemusik schloß die Feier. — Aus der Anwesenheit sind folgende Namen genannt: General Walter-Ulling, General von Sydow-Berlin, Erzellen von Cochenhausen-Baden, General von Sydow-Berlin (Finanzministerium), Oberst Solms-Freiburg, v. Sydow-Potsdam, Erzellen Dahme, General v. Fölkersamp, die Geistlichen aller Konfessionen, der Regimentsstab des jetzigen Jägerregiments Stuttgart und viele andere mehr.

Wie wir hören, ist auch für die Angehörigen des früheren Inf.-Regts. Nr. 113 eine kameradschaftliche Vereinigung für das Frühjahr 1922 in Freiburg in Aussicht genommen.

Bueßtal, 9. Mai. Der Stadtrat hat auf Antrag des Volkshilfekorps bestimmt, daß die Pfingstferien dieses Jahr in Wegfall kommen, die fünfzehnjährigen Sommerferien auf die Zeit vom 1. August bis 1. September vorgezogen und im Herbst zur Zeit der Karloffferien ernte noch zwei Wochen Ferien gegeben werden. — Der Erziehungsrat für Württemberg hat auf 1.75 M pro Liter, der Verbrauchspreis auf 2.40 M pro Liter festgelegt. — Das jetzt 3 Jahre alte Bubenlein eines hiesigen Familie kam dadurch zu Tode, daß es von einem Hunde, der an ihm hinaufsprang, in ein Gefäß mit heißem Wasser geworfen wurde. Die schweren Verbrühungen, die das Kind erlitt, führten zu dessen Tod herbei.

Bretten, 7. Mai. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Brandbeschädigten in Sonthausen

Myrrholin-Seife
belebt und konserviert die Haut, macht sie geschmeidig, sanftartig und schön.
Als beste Kindersäbe ärztlich empfohlen.

Theater und Kunst.

Der Dichter des „Narrenschiff“.

Zum 400jährigen Todestage von Sebastian Brant (10. Mai). Von E. Emser.

Das 14. und 15. Jahrhundert war im allgemeinen künstlerischer und dichterischer Entwicklung sehr ungünstig. Das deutsche Mittelalter, das vor allem die Poesie bis dahin gepflegt hatte, ging in dieser Zeit einer Entartung und dem Verfall entgegen. Die Geistesfreiheit, die bis dahin vor allem die Hüterin der Wissenschaft und Gelehrsamkeit gewesen war, verlor mehr und mehr an Boden und verlor in Unwissenheit und Unfähigkeit. Das Bürgertum aber, das fortan zur Pflanze der Wissenschaft heranreifen sollte, hatte sich noch nicht entwickeln können; ihm fehlte ja noch das große Allgemeinvermögen der deutschen Sprache, das ihm erst durch Aufhebers „Bibelübersetzung“ zuteil wurde.

In dieser postkarolingischen Zeit erschien gegen Ende des 15. Jahrhunderts, 1494, ein Werk, das recht aus dem Leben des gesamten Volkes heraus geschafften war, und welches deshalb nicht nur wegen seines dichterischen Wertes volle Beachtung verdient, sondern auch als ein Kulturdenkmal seiner Zeit wegen der großen Aufschlüsse, die es uns über das deutsche Volk jener Tage gewährt, ewig bedeutsam und beachtenswert ist: „Das Narrenschiff“, ein satirisches Lehrgedicht in 113 Abteilungen.

Wie bedeutsam diese in Basel erschienene didaktisch-satirische Dichtung, die vor allem auch wegen der zahlreichen Holzschnittbilder große Beachtung fand, — man schrieb sie erst sogar dem Verfasser des Gedichtes selbst zu, aber sie rühren vermutlich von Martin Schöner in Kolmar her, — den Zeitgenossen erschien, beweist, daß das Buch ungemein viel auch in das Volk selbst gedrungen sein muß, denn das „Narrenschiff“ ist das erste deutsche Buch, aus dem Worte in die deutsche Sprache selbst übernommen wurden. So verdankt diesem Werke die deutsche Sprache z. B. das Wort „Grobian“. Der Verfasser des Gedichtes, der damalige Professor der Jurisprudenz an der Baseler Universität, der in diesem „Narrenschiff“ in scherzhafter Weise alle Schwächen seiner Zeitgenossen verspottet, verhöhnt auch die Grobheit seiner Mitmenschen und spricht von einem „neuen Seiligen, Grobian geschelgen“, den er dann in seiner Dichtung weiterhin den „Sanft Grobian“ nennt. Auch zu dem Worte „Hanswurst“ hat Sebastian Brant Anlaß in seiner Dichtung gegeben. Zwar gebraucht er ursprünglich das Wort „Hans Wurst“, doch wird dann in einer niederdeutschen Uebersetzung des „Narrenschiff“, die 1519 in Kalkod erschien, das Wort „Hans Wurst“ gebraucht. Und endlich führt Sebastian

Brant zum ersten Male in seiner Dichtung die Sentenz ein: „die welt, die will betrogen sein“, ein Wort, dessen sich dann gern die gelehrten Herren dem Volke gegenüber annehmen und das daher in der lateinischen Uebersetzung „mundus vult decipi“ prägnant wurde. Man sieht aus diesen Zitatens seiner Dichtung, wie Sebastian Brant zwar in seine Zeit hineingriff mit seiner Schöpfung, wie er er aber über seine Zeit hinaus Embleme schuf, als er die Fehler und Gebrechen seiner Zeit in einem allegorischen Bilde darstellte, in welchem er alle die Narren seiner Tage auf einem Schiffe zusammenführte. Wie er zu seiner Zeit die Menschen geistlos, so noch heute. Viele Schilderungen der Gebichte passen auf die heutige Zeit genau so und werden auch noch in Jahrhunderten zeitgemäß sein.

Der Erfolg des Buches war beispiellos. Nie zuvor hatte irgendeine deutsche Dichtung die Verbreitung und Bedeutung gefunden. Man ahnte es nach, erweiterte es, Nachdrude, Umarbeitungen erschienen, Uebersetzungen ins Niederdeutsche, ins Lateinische, Niederländische, Französische, Englische. Der ihm befreundete Kanzleirechner Johannes Geiler von Kaisersberg nahm das Buch zum Gegenstand in einer Reihe von Predigten. Nur wenigen Büchern ist im Laufe von Jahrhunderten solche Beachtung geschenkt worden. Es hatte in die Reihe der Zeitgenossen eingeschlagen.

Wie kam es nun, daß ein Gelehrter in damaliger Zeit ein solches Buch von beispielloser Volkstümlichkeit zu schreiben vermochte?

Sebastian Brant (oder auch Brandt, mit dem lateinischen Gelehrtennamen wurde er Titio genannt) wurde als Sohn eines Gastwirts im Jahre 1457 (nach anderen Angaben 1458) geboren. So lernte das ungemein gewetzte Kind schon in früher Jugend die verschiedensten Volkstümlichkeiten kennen und nahm das Interesse für das Volk mit in seine Gelehrtenlaufbahn hinein. Freilich war das Kind schon im zehnten Lebensjahre väterlos, konnte aber trotzdem seine ungewöhnliche Begabung in einer sorgfältigen Erziehung fortbilden, so daß Brant bereits im 17. Lebensjahre die Universität Basel beziehen konnte, wo er nach dem Geheiß des Vornamens Rechtswissenschaft studierte, sich aber nach eigener Meinung sehr lebhaft mit den alten Sprachen und freien Künsten beschäftigte.

Er erwarb daselbst die Grade des Bakkalaureats und der Lizenz und trat im Jahre 1484 als akademischer Lehrer auf. Bald galt er als einer der hervorragenden Gelehrten der Baseler Hochschule, wurde im Jahre 1489 zum Doktor beider Rechte ernannt und bekleidete zu verschiedenen Malen das Amt eines Dekans der juristischen Fakultät.

Doch hatten die Straßburger wiederholt Anstalten gemacht, ihren berühmten Sohn wieder an seine Heimatstadt zu jesseln. Besonders be-

mühte sich sein Freund, der erwähnte Kanzleirechner Geiler von Kaisersberg darum. Auf dessen Betreiben erhielt er dann endlich im Jahre 1500 die Stelle eines städtischen Rechtskonsulenten und drei Jahre später die Anstellung als Stadtschreiber von Straßburg.

In dieser Stellung machte er sich ungemein verdient um den Gemeinwesen seiner Geburtsstadt. Er machte wiederholt Reisen im Interesse der Stadt und erregte durch seine erfolgreiche Tätigkeit logar die Aufmerksamkeit des Kaisers Maximilian I., der den gelehrten Juristen sogar einige Male an seinen Hof berief, ihn zum kaiserlichen Rat und später zum kaiserlichen Hofkanzler ernannte. Ihm auch ein Jahresgehalt von fünfzig Gulden aussetzte. Dem kaiserlichen Einflusse verdankte er auch wahrscheinlich die Stelle eines Assessors beim Reichskammergericht.

Im Jahre 1520 war er dann Sprecher einer Gesandtschaft an Kaiser Karl V. in Gent. Von dieser Mission kehrte er bereits erkrankt zurück, und infolge dieser Krankheit starb Brant am 10. Mai 1521.

Sebastian Brant darf als einer derjenigen Männer angesehen werden, die einen Beweis bilden für die durchaus deutsche Kultur von Straßburg. Brants Ansehen verschaffte auch seiner Geburtsstadt geistiges Leben und Bedeutung im damaligen Geistesleben Deutschlands. Er war nicht nur der Verfasser der verbreitetsten deutschen Dichtung damaliger Zeit, sondern auch Herausgeber von wichtigen Rechtsbüchern. Weitere Werke des kanonischen Rechts, kirchliche Schriften, ältere deutsche Werke, z. B. den „Freidank“, gab er heraus. Er schrieb auch lateinische Werke usw. Ohne daß Straßburg damals schon eine Universität besaß, wußte doch die reiche literarische Tätigkeit Brants zahlreiche Jünger der Wissenschaft nach Straßburg zu ziehen und ein reiches wissenschaftliches Leben zu entwickeln.

Job. Sebastian Bach.

Vortrag und Kammermusikführung.

Der als guter Kenner alter Musik sehr geschätzte erste Vorsitzende des Bachvereins Karlsruhe, Herr Karl Malisch, sprach gestern vormittag über deutsche und romanische Kunstinstrumente im Werke Johann Sebastian Bachs. Der Redner hatte eine solche Fülle von Gedanken in seinen einblühigen Vortrag gedrängt, daß es uns nicht möglich erschien, in einem Auszug ein klares Bild zu entwickeln. Aus jedem Satz sprach eine große Vertrautheit mit den Schöpfungen des großen Meisters, mit keiner Zeit und den vor und neben ihm lebenden Komponisten. In liebevoller Weise betrachtete er die beiden zu Gebote gebrachten Trio-Sonaten von J. S. Bach und G. B. Händel.











Der Jagerloisl.

Roman von Ludwig Thoma. (8. Fortsetzung.)

Fries und Loisl mit dem Rehbock im Ruckack kamen den Gästen des Geheimrats Fehle entgegen. Loisl trat auf die Seite und blieb stehen, um die Gesellschaft vorüber zu lassen.

In Entertottach war fröhliches Leben. Von weitem hörte man die hellen Klänge einer Trompete, die sich verlor, um gleich darauf wieder jubelnd in die Höhe zu klettern.

Die Paare tanzten einen langsamen Landler, und wie die Klammerte gellend einziel, ließen die Burtschen ihre Tänzerinnen los und stampften im Takte auf die Bretter.

Todes-Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen gestern mittig 2 Uhr unsere liebe Tochter Ida im blühenden Alter von 15 Jahren von ihrem schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden, in die Schar seiner Engel abzurufen.

Stadt. Freibank. Mittwoch 2-3 Uhr. Donnerstag 9-11 Uhr. Freitag 1-2 Uhr.

Verlobungs-Ringe. Geschenkartikel in Gold- und Silberwaren. Tafelbestecke. empfiehlt auf Pfingsten Christ Fränkle, Goldschmied, Karlsruhe, Kaiserpassage 7.

Die Seele der Wohnung ist der Teppich! Durch ständige große Neueingänge umfaßt mein Lager eine reiche Auswahl Deutscher Teppiche, Brücken, Diwanddecken, Bettvorlagen, von den einfacheren bis zu den besten Qualitäten bei billigst gestellten Preisen. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Teppich-Haus Carl Kaufmann, Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 157, 1. Stod.

Fahrnis-Versteigerung. Donnerstag, den 12. Mai, vorm. 9 Uhr. Kurvenstraße 19. 7825

Samssons. Handels-Geschäft. Rudolfstr. 23. kauft u. verkauft betr. Kleider Schuhe 812611 Mäße Möbel aller Art Federbetten Fahrräder Teppiche Nähmaschinen alte Gold- u. Silberwaren. Garantierte reelle Bedienung.

Halbhoß. In der Erzeugung von Halbhoß erfahrene Fachmann zur Übernahme für Karlsruhe. Angeb. unt. Nr. 10554 an die 'Bad. Presse' erb.

Junger Kaufmann. selbst. Arbeitskraft, mit allen Büroarbeiten vertraut, sucht auf 1. Juni Verträuens-Posten gleichw. Art. Aufträge unter Nr. 225898 an die 'Badische Presse'.

Platin, Alt-Gold, Alt-Silber. kauft ständig und zahlt den höchsten Tagespreis 7318 Rudolf Barth, Uhrmachermeister, Kaiserstr. 53. Fernspr. 1538 gegenüber d. Eingang d. Techn. Hochschule.

Kapitalien. Beld. verleiht Geld. in jeder Höhe gegen alle Sicherheiten durch 224209 Karlsruhe Finanzbüro. Karlsruher Finanzbüro, Karlsruher Str. 20, von 9-12 u. 2-6, Sonntag von 10-1. Rud. 1. K. Sirena rech.

Stenotypistin. baldmöglichst Eintritt. Dame mit guten französischen Sprachkenntnissen bevorzugt. In der Jugendzeit und Referenzen nötig. Ausführend. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Bad. Presse'.

Zimmermädchen gesucht! Gesucht wird nach Göttingen sofort oder später ein verlässliches Zimmermädchen, welches servieren, nähen und bügeln kann, bei guter Behandlung u. bez. Lohn. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Lüdtig. Mädchen. für Küche u. Hausarbeit auf 1. Juni gesucht. Zweites Mädchen vorzuziehen. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Englisch. Lesen, Sprechen, Schreiben in 60 Stunden. (Ehemal. Ritter) Körnerstr. 30, part.

Reparaturen. an Häusern, Giebeln, Kaminen, sowie Kleinarbeiten wird angenommen. M. Seeling, Röhrenstr. 28, Goetelstr. 28. 6977

20 000 Mk. Darlehen auf Möbel, Hypothekendarlehen u. Pfandbriefdarlehen. Darlehensbüro Gackenhelm, Durlacherstr. 9, 6. St. 11. Rud. 1010.

Mädchen. für Küche u. Hausarbeit auf 1. Juni gesucht. Zweites Mädchen vorzuziehen. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Fräulein. sucht sofort Beschäftigung als Verkäuferin in einem Warenlager. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Haarfärben. mit nur einwandfreien Farben, in sachgemäßer und diskreter Weise. Spr. Damenfrisier-Zalon A. Birk, Dorfstraße 19, 6. Etage. Ankauf u. Ausverkauf sämtlicher Waren. 7016

8-10 000 Mk. auf gute 11. Hypothek auf 5-10% Zins als bald gesucht. Angebote unter Nr. 7295 an die 'Bad. Presse' erbeten.

Alleinmädchen. welches kochen kann, sofort zu kleiner Familie für 2 Personen gegen hohen Lohn gesucht. 7295 Reichmannstr. 11, 1. Etage. Angebote unter Nr. 7295 an die 'Bad. Presse' erbeten.

Mädchen. für Küche u. Hausarbeit auf 1. Juni gesucht. Zweites Mädchen vorzuziehen. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Fräulein. sucht sofort Beschäftigung als Verkäuferin in einem Warenlager. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Gen. Stroh. und sonstige 18844 Kutter-Artikel. Moriz Karlsruhe, Gomminger (Gaden), Telefon Nr. 10. Telegr. Adressen: Karlsruhe.

2000-2500 Mk. sucht Geschäftsmann auf ein halbes Jahr. Gute Sicherheiten u. Zins; nur von Selbstgebern. Angeb. unt. Nr. 22522 an die 'Bad. Presse' erbeten.

Generalvertretung oder Filiale. überträgt Fabrikations- und Großhandelsunternehmungen (in Bezug u. G.) fertigen Verleihen oder Firmen für hochwertige medizinische Geräte. Dankbares Arbeitsfeld für Ärzte, Kaufleute. Ankauf Mittwoch von 8-12 Uhr durch Dr. Schlotterbeck, Oel-Darmstädter Str. 11, 1. Etage. Offerten nach München 40 erbeten.

Mädchen. für Küche u. Hausarbeit auf 1. Juni gesucht. Zweites Mädchen vorzuziehen. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Fräulein. sucht sofort Beschäftigung als Verkäuferin in einem Warenlager. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Gebr. Möbel. jeder Art bis zu d. höchsten, ganze Einrichtungen sowie Einzelstücke, wie: Kamine, Teppiche, Kisten, Kleintische, etc. kauft fortwährend K. Kopp, Möbelgeschäft, Sigmundstr. 6, 7385. Telefon Nr. 1584.

Dirigent. tüchtige Kraft, für Gesangsverein in der Nähe Karlsruhe, Stationierung (100 Sänger) per sofort gesucht. Angeb. mit Gehaltsanforderungen an die 'Bad. Presse' unt. 1971a erbeten.

Erste führende Margarinefabrik. Hamburg mit Generalvertretung in Mannheim sucht zum provisorischen Verkauf ihrer Margarinearten für die Stadt Heidelberg und Umgebung einen durchaus tüchtig u. fleißigen Herrn u. enagierten. Nur Herren, die mit dem Verkauf dieses Artikels vertraut sind, wollen sich melden unt. M. M. 1035 an Wla, Mannheim P 2, 1.

Mädchen. für Küche u. Hausarbeit auf 1. Juni gesucht. Zweites Mädchen vorzuziehen. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Fräulein. sucht sofort Beschäftigung als Verkäuferin in einem Warenlager. Angebote unter Nr. 22522 an die 'Badische Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Lehrstelle. in Engros-Geschäft. Eintritt sofort. Gehl. Angeb. unt. Nr. 1967a an die 'Bad. Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Tausch!! Suche eine große 4-6 Zimmerwohnung in guter Lage. Eine sehr schöne 2 Zimmerwohnung in guter Wohnlage kann dafür abgegeben werden. Umgang wird verlangt. Offert. unt. Nr. 224728 an die 'Bad. Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.

Wirtgeluche. Ladeneinrichtung für sofort oder später zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 225854 an die 'Bad. Presse'.



